

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 12

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unser TV-Kommentar

Fragen an Lech Walesa

Lech Walesa, der Vorsitzende der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarnosc in Polen, war bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf zu Gast und hat bei seinem Besuch in unserem Land bereitwillig viele Auskünfte gegeben.

Am 4. Juni übertrug das Fernsehen der Suisse Romande ein Gespräch zwischen Walesa und schweizerischen Gewerkschaftlern. Es gab Fragen unterschiedlicher Art.

Der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Nationalrat Müller-Porsche, fragte Walesa arglos, ob er und seine Gewerkschaft nicht auch politische Bedeutung hätten und politische Ziele verfolgten. Das ist eine Frage, auf die jeder westliche Kommentator eingehen kann, aber ausgesprochen kein Vertreter von Solidarnosc. Die Lage in Polen und die Lage von Solidarnosc in Polen machen es unmöglich; weiss man das nicht in der Schweiz? Es war ein Hauptelement des Vertrags, den 1980 die unabhängige Gewerkschaft in Polen mit der Regierung abschloss, dass die Solidarnosc das (übrigens auch in der Verfassung verankerte) Monopol von Partei und Staat in der politischen Führung anerkennen und sich im ausschliesslichen Rahmen gewerkschaftlicher Anliegen definieren musste.

Nun mag sich jedermann über die unpolitisch-politische Rolle von Solidarnosc seine Gedanken machen, aber was soll ausgerechnet Walesa dazu sagen? Was für einen Zweck hätte es in den späten dreissiger Jahren gehabt, einen Besucher aus Deutschland mit Rückkehrabsichten zu fragen, ob er Arier oder Nichtarier sei? Die Freiheit der Antwort wäre ihm von vornherein verwehrt gewesen, aber dafür hätte ihm die Frage selbst nur schaden können.

Grundsätzlich befindet sich Walesa in der gleichen Situation, wengleich die Sowjets schon längst über den Zeitpunkt hinaus sind, da ihnen die Frage eines schweizerischen Nationalrats den Floh ins Ohr setzen könnte. Hingegen bleibt es dabei, dass Walesa sich, seiner Gewerkschaft und seinem Land nur schaden kann, wenn er ausserhalb der Spielregel antwortet, die man ohnehin kennt — oder kennen sollte. Nun, Walesa selbst kennt sie bis ins Mark, und so konnte nichts Schlimmeres passieren, als dass auf einen repräsentativen Schweizer der Verdacht fällt, von den Gegebenheiten in sozialistischen Ländern nichts zu wissen.

Ein anderer Gewerkschaftler fragte im Zusammenhang mit einer Streikdrohung von Genfer Staatsbeamten nach dem Streikrecht der Beam-

ten in Polen. Wenn nur die Analogie stimmen würde... Welcher Arbeitnehmer steht denn dort nicht im Staatsdienst, wo so gut wie alle Betriebe dem Staat gehören? Und das als Volkseigentum definierte Staatseigentum ist ja auch das Alibi dafür, dass es in «normalen» sozialistischen Staaten kein Streikrecht gibt. Der Arbeiter, heisst es, könne nicht gegen sich selbst streiken. Walesa wies in seiner Antwort darauf hin, dass der grosse Erfolg der Solidarnosc gerade darin bestehe, für die polnischen Arbeiter das Streikrecht erzwungen zu haben.

Eine auf die grossbrüderlichen Verhältnisse gemünzte Anzüglichkeit war als Frage für Walesa doch heikel: Wie könne freie Gewerkschaftsarbeit denn möglich sein, wenn die politische Führung doch unter Vormundschaft stehe? Walesa «überhörte» den Bedingungssatz und gab eine Auskunft, die einfach sonst richtig war. «Darauf antworte ich: Wenn das Pulverfass beseitigt ist.»

Eine interessierte Schweizerin wollte wissen, ob es in der Solidarnosc auch Frauen in Schlüsselpositionen gebe. Die Antwort ging dahin, dass bei den polnischen Arbeitern die Gleichberechtigung der Geschlechter längst anerkannt sei, dass aber die polnischen Frauen zumeist andere Sorgen hätten, als sich auf Gewerkschaftsposten zu drängen.

Interessant waren Walesas Ausführungen zur Kirche: «Wir sind die Kirche, und die Kirche gehört uns.» Ferner: «Die Kirche ist in Polen die einzige Organisation, die in den letzten 36 Jahren immer nur die Wahrheit gesagt hat.»

Das, was Walesa damit über die andern Organisationen gesagt hat, das wollte er zweifellos so sagen. Der Wahrheit zuliebe. *mk/eb*

Der Buchtip

Alphonse Max: «Die Antarktis. Eine geostrategische Studie.» Verlag Grabert, Tübingen 1980, 109 Seiten, Fr. 13.80.

Unter der Annahme, der Panamakanal sei unschiffbar gemacht worden, bliebe als einziger Seeweg zwischen dem Atlantischen und dem Pazifischen Ozean die Route über Kap Hoorn.

Nicht nur dieser Wasserweg, vielmehr die gesamte südliche Halbkugel unserer Erde läge im Kontrollbereich jener Macht, die auf der Antarktis über Flug- und U-Boot-Basen verfüge; und der Besitz einer Abschussrampe für interkontinentale Raketen in dieser Gegend könnte gar «Weltherrschaft bedeuten».

Mit dieser, zuletzt doch etwas überspitzten Aussage sowie einem Hinweis auf rein militärische und andere vertraglich verbotene Tätigkeiten

kleineren Ausmasses, die durch die Sowjetunion möglicherweise heute schon in der Antarktis ausgeübt werden, ist der (geo-)strategische Teil dieser Schrift erschöpft.

Der Grossteil der Broschüre besteht aus einer kurzen Beschreibung der Geographie und der vermuteten wirtschaftlichen Zukunftsbedeutung der Antarktis, aus der Darlegung der Geschichte ihrer Entdeckung und Erforschung, aber auch der Bemühungen, eine international anerkannte Regelung für ihre sinnvolle Nutzung zu finden; und schliesslich aus der sehr ausführlichen, viele Einzelheiten (auch technische) enthaltenden Schilderung der Interessen, Ansprüche, und bisherigen Tätigkeiten von insgesamt 21 Ländern in diesem Gebiet der Erde.

Gerade wer sich über letzteres möglichst genau informieren will, greife zu dieser Schrift.

HdC

In Kürze

Auch in China gibt es einen Samisdat, ein heimlich hergestelltes und verbreitetes Schrifttum. Die Monatszeitung «Tschengming» in Hongkong berichtet, dass die chinesischen Behörden in einigen Städten grosse Mühe hätten, gegen Untergrundpublikationen anzukämpfen. In Tayuan, der Hauptstadt der Provinz Shansi, besteht eine Samisdat-Zeitung, die Opposition gegen das System selbst betreibt. Ein Zitat: «Die Arbeiterklasse hat begriffen, dass sie im bürokratischen System, das von der Herrschaft der Arbeiterklasse spricht, überhaupt keine Macht hat. Während die Bürokraten Privilegien geniessen, steht der Lebensstandard der Werktätigen in keinem Verhältnis zum Wert, den die Gesellschaft produziert.»



In der letzten Nummer hat Valerij Tarsis von einer quasi privaten Konfektionsfabrik im sowjetischen Untergrund-Business berichtet. Möglicherweise hat das von ihm besprochene Buch über die Korruptionsszene in der UdSSR noch untertrieben.

In der kaukasischen Stadt Grosnyj (1,1 Millionen Einwohner) hat man gleich 10 illegale und private Betriebe entdeckt, die sich in den staatlichen Fabriken angesiedelt hatten und parasitär von ihrem Material und ihren Einrichtungen lebten. Hergestellt wurden diverse Mangelwaren, von Kinderkleidern bis zu Plastiktaschen. Man nahm die Rohstoffe aus den staatlichen Lagern und machte daraus ausserplanmässige Waren, die dann in andern Unionsgebieten und selbst in Moskau verkauft wurden. Auch staatliche Handelsgesellschaften kauften unter der Hand ein, wahrscheinlich um «unter dem Tisch» weiterver-

Anlagehefte 4½%
Kassa-Obligationen 6¼%

Anlageplus

(Die City Bank gehört zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt)

Festgeldkonti ab Fr. 25000.-

Mehr Zins - Mehr Sicherheit.

Die Formel für den klugen Anleger.

Coupon

Bitte senden Sie mir Ihre Unterlagen über Anlageplus.

Name

Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Einsenden an City Bank, Talstrasse 58, 8021 Zürich, Telefon 01 211 76 11

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

kaufen zu können. In einem einzigen dieser Betriebe fand die Polizei einen Vorrat im Wert von 238 000 Rubel.

Protegiert wurde das Ganze vom Industrieminister der Autonomen Sowjetrepublik Tschetschen, deren Hauptstadt Grosnyj ist, B. Busartanow. Dafür, dass er die Augen schloss, bezog er ein «reguläres» Monatsgehalt von 1500 Rubel (offizieller Durchschnittslohn für Arbeiter und Angestellte 168 Rubel pro Monat). Mit in den Fall verwickelt war ein Vizeindustrieminister der RSFSR (Russische Föderation), A. Makarow. Als Gegenleistung war ihm die schöne Dina Arsenjuk zu Diensten, die von Busartanow dazu delegiert wurde, den Kollegen in Moskau zu betören. Busartanow erhielt fünfzehn Jahre Gefängnis, Makarow zehn Jahre und die wohlgebetete Dina sechs Jahre.



In den grossen Städten der Sowjetunion gibt es Dienstleistungskombinate (ein Kombinat ist ein Betrieb mit verschiedenen Branchen), zu denen jeweils auch ein Maschinenschreibbüro gehört. Es nimmt aus der Bevölkerung Aufträge zum Abschreiben beliebiger Texte an, gegen ein normiertes Entgelt, und wenn der Kunde noch etwas dazulegt, wird die Arbeit sogar speditiv erledigt. Eine ehemalige Tippistin hat nun der Zeitschrift «Possev» (Frankfurt, Mai 1981) eine Schilderung der Arbeitsverhältnisse in einem solchen Büro zukommen lassen. Unter anderem berichtet sie, man habe «oft» auch Texte mit antisowjetischem Inhalt zum Abschreiben gebracht. Der erste Bürochef lehnte solche Aufträge einfach ab, aber seine Nachfolgerin nahm sie an. Allerdings nicht um sie zu erfüllen, sondern um die Personalien des Auftraggebers zu eruieren. Das sicherheitsdienstliche Interesse für solche Kunden ist eigentlich weniger erstaunlich als deren Arglosigkeit.

Briefe

«Jugos preisen» — oder preisen wir die Jugos?

Ihr Beitrag «Jugos preisen CH-Mischung» (ZB, Nr. 10/1981) beleidigt im jetzigen Zeitpunkt — von Ihnen sicher ungewollt — indirekt die Menschenwürde der benachteiligten Völker in Jugoslawien.

Vor kurzem war ich in Zagreb. Dort spricht man überall davon, dass es in Kosovo 230 Tote und einige Hunderte Verletzte gegeben habe. Angesichts dieser Opfer ist es nicht angebracht, dass Sie jenen jugoslawischen Artikel so wohlwollend vorstellen und dabei die Tragödie von Kosovo verniedlichen.

Statt die wahren Ausmasse der Ereignisse von Kosovo zu schildern (ZB, Nr. 8/1981) oder über die Verhaftungen und Prozesse in Kroatien zu berichten, behandeln Sie die gleichgeschaltete Presse in Jugoslawien wie eine demokratische Institution und unterstützen sie damit moralisch.

Sobald grössere Probleme auftauchen, hat die jugoslawische Presse den Auftrag, sie zu vertuschen, das In- und Ausland davon abzulenken. Mit Ihrem unbedachten Goodwill-Beitrag haben Sie sich vor den Belgrader Propagandakarren einspannen lassen.

Die Belgrader Journalisten (und Politiker) haben es überhaupt nicht nötig, anderswo (z. B. in

der Schweiz) Rezepte zur Lösung der eigenen schweren Probleme zu suchen. Sie brauchten sich bloss an Gesetz, Verfassung und UNO-Menschenrechtscharta zu halten, aber eben, das tun sie nicht. Haben die Schweizer Polizisten seinerzeit in die Demonstrationszüge der Jurassier hineingeschossen? Oder haben die Schweizer Gerichte jurassische Demonstranten zu dreizehn Jahren Zuchthaus verurteilt? In Mazedonien hat man soeben Albaner zu Strafen von bis zu 13½ Jahren verurteilt. Sie haben niemanden umgebracht oder umbringen wollen. Sie haben bloss für die Albanische Arbeiterpartei geworben und mündlich den Selbstbestimmungsanspruch der Albaner in Jugoslawien erhoben.

Dabei sind die Menschenrechte wie die freie Meinungsäusserung in der jugoslawischen Verfassung garantiert. Leider aber dient sie zur Täuschung des Auslandes, statt den Menschen in Jugoslawien zu dienen. SK

Bartok-Münze in Ungarn

Die Ungarische Nationalbank hat anlässlich des 100. Geburtstages des grössten Komponisten des Landes, Bela Bartok, eine neue Silbermünze im Nominalwert von 500 Forint unter dem Namen «Bartok» prägen lassen. Gemäss der Verordnung Nr. 36/1967 müssen alle von der Ungari-

schen Nationalbank ausgegebenen Münzen als normale Zahlungsmittel von jedermann im vollen Nominalwert angenommen werden.

Die «Bartok»-Münze ist seit dem 16. März 1981 im Geldverkehr. Sie ist 25 Gramm schwer, mit einem Durchmesser von 40 Millimetern und mit der Feinheit von 640/1000.

Auf der Vorderseite der Münze befindet sich die Grundschrift: Magyar Népköztársaság (Ungarische Volksdemokratie). Das Hauptmotiv der Vorderseite, innerhalb der erwähnten Rundumschrift, sind eine altungarische Lanze und die Anfangsnöten der berühmten Bartok-Komposition «Allegro Barbaro», darunter an der rechten Seite das Monogramm BGY. Dies ist eine Abkürzung des Namens des Entwerfers der vorderen Seite der Münze, György Bognar, der ein namhafter Künstler des Staatlichen Münzamt ist. Unter dieser Schrift ist das Wertzeichen «500 forint» sowie darunter das Prägungsjahr «1981» und das Zeichen des Münzamt «BP» lesbar.

Auf der Rückseite der «Bartok»-Münze, am glatten Bord, befindet sich im Kreis der Text: «Bartok Bela 1881—1945». Das Hauptmotiv der Rückseite ist ein Porträt des Komponisten, mit seinem charakteristischen Hut auf dem Haupt. Hinter dem Porträt ist ein Fragment von einer geografischen Karte sichtbar. Unter dem Porträt findet man den Namen des Entwerfers, des Bildhauers Laszlo Kutas.

Die Manteloberfläche der Münze ist glatt mit negativer Randdekoration. Auf der Oberfläche des Mantels befinden sich Sterne und andere Schmuckmotive abwechselnd.

Vom «Bartok» wurden 25 000 Stück geprägt, davon 12 500 mit einer besonderen Prägetechnik, in sogenannter «Proof-Ausführung». Die Prägung erfolgt laufend. Man rechnet damit, dass je nach ausländischer Nachfrage noch Nachprägungen erfolgen. lh

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

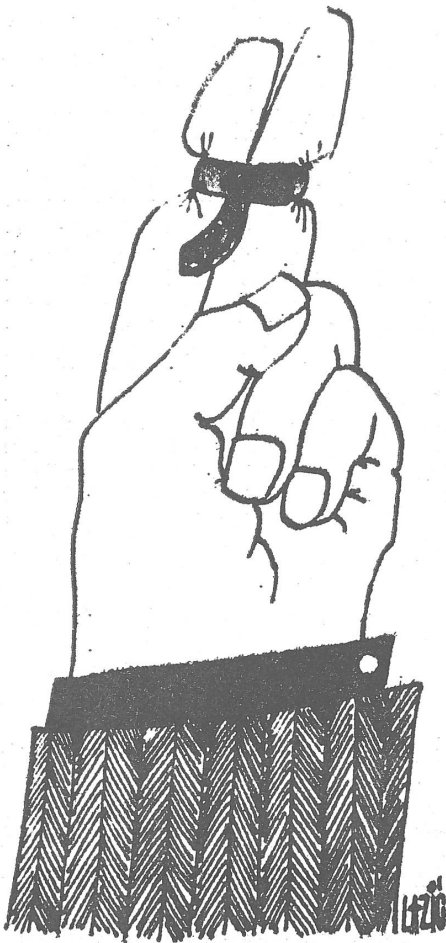
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise
Fr. 39.- jährlich (Ausland Fr./DM 42.-)
Studenten und Lehrlinge Fr. 25.-
(Ausland Fr./DM 28.-)
Einzelnummer Fr. 2.- (Ausland Fr./DM 2.50)



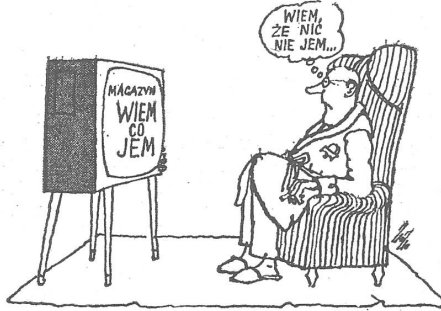
Wenn es gefährlich ist, sich seiner Erfolge zu rühmen. Man muss seine Finger daran hindern, das Victory-Zeichen zu machen. Zeichnung ohne Worte. (26. 4. 1981)

«Szpilki»,
Warschau

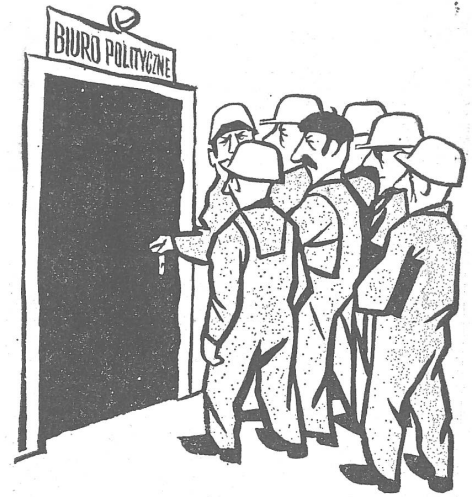


Er (der Parteifunktionär auf sowjetischer Linie) liest die Forderung «Das Recht soll Recht bedeuten und die Gerechtigkeit auch Gerechtigkeit» und befindet: «Das sieht mir ganz nach Opposition aus.» (31. 5. 1981)

Politische
Karikaturen
aus Polen...



TV-Magazin: «Ich weiss, was ich esse.» Sein Kommentar: «Ich weiss, dass ich nichts esse.» (3. 5. 1981)



Bürohilfe. (17. 5. 1981) Denn die Arbeiter begehren Einlass zum Politbüro der Partei.

...solange
erhältlich



Wenn die Welt kopfstellt. «So kann ich die Wirklichkeit besser verstehen.» (31. 5. 1981)



Auf die Wand hat ein Kind die Worte «Dummer Dummkopf» geschrieben: «Schon wieder diese staatsfeindlichen Aufschriften!» (7. 6. 1981)